

DER SÄCHSISCHE LANDESBEAUFTRAGTE
FÜR DIE UNTERLAGEN DES STAATSSICHERHEITSDIENSTES
DER EHEMALIGEN DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

12. Tätigkeitsbericht

2003/2004

- Berichtszeitraum: 1. Juli 2003 bis 30. Juni 2004 -

Inhalt

Einleitung	3
I. Die Behörde	4
1. Personal	4
2. Haushalt	4
II. Tätigkeiten der Behörde im Berichtszeitraum	5
1. Beratung	5
1.1. Erstberatung zur Akteneinsicht	5
1.2. Beratung zu Fragen nach der Akteneinsicht	6
1.3. Beratung zu Rehabilitierungsfragen	6
1.4. Dezentrale Beratungsinitiative	7
1.5. Beratung zu Fragen der Überprüfung und Bewertung	8
1.6. Zur Frage der psychosozialen Beratung	9
2. Bewertung von Stasi-Unterlagen	9
2.1. Bewertung zu Überprüfungsfragen	9
2.2. Bewertung zu Rehabilitierungsfragen	10
3. Öffentlichkeitsarbeit und politische Bildung	10
3.1. Pressearbeit	10
3.2. Veranstaltungen	11
3.3. Publikationen	14
3.4. Ausstellung	16
3.5. Bildungsarbeit	17
4. Dokumentation und Forschung	18
4.1. Video-Dokumentation	18
4.2. Dokumentensammlung	19
4.3. Bibliothek	19
4.4. Unterstützung externer Forschungsprojekte	19
4.5. Bildarchiv	20
5. Koordinierung und Zusammenarbeit	20
5.1. Landtag, Staatsregierung und sächsische Landesbehörden	20
5.2. Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes	20
5.3. Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes	22
5.4. Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen	22
5.5. Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	23
5.6. Gedenkstätten	24
5.7. Forschungseinrichtungen	24
6. Stellungnahmen für Landtag und Staatsregierung	25
7. Mitgliedschaften	25

Einleitung

Der hier vorliegende 12. Tätigkeitsbericht umfasst den Zeitraum von Juli 2003 bis Juni 2004. Im Berichtszeitraum spiegeln sich wiederum die wichtigsten Themen in der öffentlichen Auseinandersetzung mit den Folgen der kommunistischen Diktatur auch in der Arbeit der Behörde wider. So führten die Debatten um die „Rosenholz“-Dokumente der MfS-Auslandsspionage HVA zu vielfältigen Beratungen über Umfang und Kriterien neuer Überprüfungsverfahren. Da bis Ende 2003 noch Unsicherheit über ein drohendes Auslaufen der Rehabilitierungsgesetze bestand, wurde eine – durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur geförderte – Beratungsinitiative zu Rehabilitierungsfragen begonnen, die Sprechtag in den sächsischen Regionen beinhaltete. Während die Beratungsangebote für Bürger und öffentliche Einrichtungen verstärkt nachgefragt wurden, spielten Anfragen zur Bewertung von BStU-Auskünften in Überprüfungs- und Rehabilitierungsverfahren auch im zurückliegenden Jahr kaum eine Rolle.

Die Betreuung von Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen, die auch von dem Konflikt um die Stiftung Sächsische Gedenkstätten tangiert wurde, rückte weiter in den Mittelpunkt der Behördenarbeit. Im Arbeitsfeld der Öffentlichkeitsarbeit und politischen Bildung wurden die laufenden Projekte fortgesetzt und neue, z. T. mit veränderten Schwerpunktsetzungen, begonnen. Die Mitwirkung in verschiedenen Gremien nahm insgesamt einen größeren Raum ein, darüber hinaus konnten Arbeitsbeziehungen zu verwandten Einrichtungen im Nachbarland Polen aufgenommen werden. Der besseren Koordinierung und Vernetzung dient auch die in diesem Jahr neu eingerichtete Behörden-Homepage www.lstu-sachsen.de. Mit der Broschüre "Zeitzeugen-Projekt 1997-99 – Erfahrungen mit politischer Haft in der SBZ und DDR" (Übersicht der Video-Interviews) konnten wichtige Ergebnisse der Behördenarbeit aus den 90er Jahren endlich für potenzielle Nutzer erschlossen werden. Einige Abschnitte des vorliegenden Tätigkeitsberichtes, die der Erläuterung der allgemeinen Arbeitsabläufe dienen, wurden aus den Berichten der Vorjahre mit verschiedenen Präzisierungen übernommen.

Insgesamt hat sich die Behörde weiter als eine Dienstleistungs-Einrichtung profiliert, die sowohl den betroffenen Bürgern als auch Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie öffentlichen Verwaltungen fachliche Unterstützung anbietet. Nicht zuletzt soll hier erwähnt werden, dass die Initiative für eine gemeinsame Erinnerung an den Herbst '89 mit den Schwerpunkten Plauen, Dresden und Leipzig in diesem Jahr auf den Weg gebracht wurde.

In allen Tätigkeitsbereichen spiegelt sich letztlich das Bemühen um eine stärkere Kontextualisierung unseres Arbeitsgebietes wider: Das Wirken des DDR-Staatssicherheitsdienstes und die Stasi-Unterlagen sind mehr als bisher in ihrem Zusammenhang zu analysieren, sowohl im Kontext der Strukturen des SED-Staates als auch als Teil des Sowjet-Imperiums, das wiederum nicht isoliert von der europäischen Diktaturengeschichte des 20. Jahrhunderts betrachtet werden kann.

Michael Beleites
Landesbeauftragter

I. Die Behörde

1. Personal

Derzeit ist für den Sächsischen Landesbeauftragten folgende Stellensituation gegeben:

- eine Stelle BAT-O I (Behördenleiter),
- zwei Stellen BAT-O II a (Referenten),
- eine Stelle BAT-O III (Referentin),
- eine Stelle BAT-O VII (Sekretärin).

2. Haushalt

Der Sächsische Landtag wies im Kapitel 06 06 dem Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR für den Haushalt 2003 Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 383,1 T€ zu. Für das Haushaltsjahr 2003 beliefen sich die planmäßigen Ausgaben bei den Personalausgaben auf 287,8 T€, bei den sächlichen Verwaltungsausgaben auf 84,1 T€, bei den Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse auf 6,1 T€ und bei den sonstigen Sachinvestitionen auf 5,1 T€. Anfang 2003 wurden dem Sächsischen Landesbeauftragten von den im Sammelkapitel 06 02 veranschlagten Mitteln weitere 4,0 T€ für wissenschaftliche Untersuchungen und Publikationen zugewiesen. Die Mittel wurden sparsam und sachgemäß verwendet.

Für Zuwendungen stand im Jahr 2003 ein Betrag von 6,1 T€ zur Verfügung. Diese Summe wurde vollständig ausgereicht. Folgende Projekte wurden im Jahr 2003 im Rahmen von Zuwendungen gefördert:

- Neuauflage des Buches von Horst Krüger: „Begegnungen mit Werner Ihmels“ durch den Verein Erkenntnis durch Erinnerung e.V. (1.250 €)
- Theaterprojekt, Erarbeitung und Aufführung des Stückes „Beschädigte Seelen“ durch Interkunst e.V. an drei Orten in Sachsen (2.000 €)
- Nachdruck eines Infoblattes der Gedenkstätte Museum in der "Runden Ecke" durch das Bürgerkomitee Leipzig (1.500 €)
- zwei Projekte zur Ausstellungspräsentation des Archiv Bürgerbewegung Leipzig mit einer Recherche zu Regionalen Aspekten des 17. Juni 1953 im Raum Leipzig im Zusammenhang mit der Wanderausstellung des LStU (500 €)
- Recherchearbeiten zur Chemnitzer Künstlergruppe CLARA MOSCH durch G. Wolf (100 €)
- Druckkostenzuschuss zur Publikation des Sorbischen Institutes „Mundtot gemacht“ von H. Schulze-Solta (750 €)

II. Tätigkeiten der Behörde im Berichtszeitraum

1. Beratung

Der Beratungsauftrag des Sächsischen Landesbeauftragten erstreckt sich auf folgende Bereiche: Anspruchsberechtigte auf Akteneinsicht nach §§ 13 bis 17 des Stasi-Unterlagengesetzes (StUG) werden sowohl vor ihrer Akteneinsicht über das Verfahren der Antragstellung und der Akteneinsicht beraten als auch nach ihrer Akteneinsicht über die Bewertung der bekannt gewordenen Informationen und zu sich daraus ergebenden Fragen der Rehabilitation. Zu den Bereichen der Überprüfung gemäß der §§ 20 und 21 StUG und der Bewertung der entsprechenden Auskünfte werden sowohl die personalführenden Stellen als auch die betreffenden Personen selbst beraten. Einzelpersonen sowie öffentliche und nichtöffentliche Stellen werden darüber hinaus auch zu weiteren Aspekten des Umgangs mit den Unterlagen des DDR-Staatssicherheitsdienstes und der Aufarbeitung der SED-Diktatur beraten.

Vom 1. Juli 2003 bis zum 30. Juni 2004 wurden 195 (55 mehr als im Vorjahr) Erstberatungen zur Akteneinsicht nach Stasi-Unterlagengesetz durchgeführt. Dabei erhielten die Betroffenen sogleich die entsprechenden Antragsformulare der Bundesbeauftragten. Hinzu kommen weitere 146 Beratungen zur Akteneinsicht im Rahmen der dezentralen Beratungsinitiative Sachsen 2003, auf die im Weiteren noch eingegangen wird. Zu den Themen Hilfestellung nach Akteneinsicht, Rehabilitation, Überprüfung und darüber hinausgehenden Fragestellungen wurden im gleichen Zeitraum 152 ausführliche Beratungsgespräche in der Dresdner Geschäftsstelle geführt (16 weniger als im Vorjahr); im Rahmen der dezentralen Beratungsinitiative wurden weitere 173 ausführliche Beratungsgespräche in den Regionen geführt.

1.1. Erstberatung zur Akteneinsicht

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der Erstberatungen wiederum erhöht. Viele Bürger wenden sich zunächst an den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, wenn sie beabsichtigen, ihre Stasi-Akten einzusehen. In diesen Fällen wird den Auskunftssuchenden das Verfahren der Antragstellung auf Akteneinsicht sowie die Handhabung der Akteneinsicht erläutert. Ihnen wird die Anschrift der für sie zuständigen Außenstelle der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen mitgeteilt.

Bei telefonischen Anfragen werden den Auskunftssuchenden in der Regel Antragsformulare der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zugesandt. Bürger, die unsere Behörde aufsuchen, erhalten die Antragsformulare der Bundesbeauftragten direkt. Zudem wird ihnen die notwendige Identitätsbescheinigung ausgestellt.

1.2. Beratung zu Fragen nach der Akteneinsicht

Nach ihrer Akteneinsicht bei der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen wenden sich manche Bürger an den Sächsischen Landesbeauftragten, um anhand herausgegebener Kopien Hilfestellung zu Fragen der Interpretation und Bewertung der Stasi-Unterlagen zu erhalten. Personen, die gezielt von der Stasi verfolgt worden sind, haben oftmals das Bedürfnis, die Dokumente ihrer Verfolgung noch einmal mit einem Sachkundigen durchzusprechen. Dabei geht es nicht nur darum, wie die Stasi zu den belastenden Informationen gekommen war, sondern auch darum, Klarheit über die zur Anwendung gebrachten Repressionsmaßnahmen zu erlangen.

Mitunter ergibt es sich aus solchen Beratungsgesprächen, dass Verfolgte auch die Einwilligung erteilen, Kopien der vorgelegten Dokumente für die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit unserer Behörde zu verwenden.

1.3. Beratung zu Rehabilitierungsfragen

Fragen zur Rehabilitierung und Wiedergutmachung erlittenen Unrechts in der DDR ergeben sich oft nach der Einsichtnahme in die Stasi-Unterlagen bei der Bundesbeauftragten. Seit 2001 liegen Antragsformulare für die berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitierung auch in unserer Behörde aus. Den Bürgern, die zu Beratungsgesprächen kommen, können wir diese Formulare bei Bedarf direkt aushändigen bzw. ihnen bei dem Ausfüllen der Formulare Hilfestellung geben. Weiterhin werden die aktuellen Informationsbroschüren des Bundesjustizministeriums zu den Rehabilitierungsgesetzen bereitgehalten.

Viele Anfragen zur Rehabilitierungsthematik kommen auch von in der DDR politisch Verfolgten und beruflich Benachteiligten, über die keine oder kaum Dokumente bei der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen vorliegen. In solchen Fällen konnten wir Betroffene auf andere staatliche Archive hinweisen, wo Unterlagen des SED-Apparates, der DDR-„Volksbildung“ oder der Abteilungen Inneres bzw. des Ministeriums des Inneren (MdI) der DDR untergebracht sind. Auch auf die Möglichkeit, im Rehabilitierungsverfahren Zeugenaussagen beizubringen, wurden Betroffene aufmerksam gemacht.

Bei den meisten Beratungsfällen in Rehabilitierungsfragen handelt es sich um Personen, die bereits einen Rehabilitierungsbescheid erhalten haben und diesen aus ihrer Sicht nicht akzeptieren können. Auch weiterhin erreichen uns immer wieder Beschwerden über das Rehabilitierungsverfahren, insbesondere bei der beruflichen Rehabilitierung. Hier ist es notwendig, deutlich zu machen, dass der Landesbeauftragte selbst keine Widerspruchsinstanz im Rehabilitierungsverfahren ist. Allerdings können wir den Betroffenen Empfehlungen geben, ob wir in ihrem konkreten Fall das Einlegen eines Widerspruchs bzw. eine Klage für angemessen halten oder nicht. Wir mussten immer wieder feststellen, dass diejenigen Fälle überwiegen, bei denen eine Ablehnung zwar rechtlich berechtigt erscheint, sachlich aber eine Rehabilitierung geboten wäre. Aus den Erfahrungen der Beratungstätigkeit für Opfer des SED-Unrechts erscheint nach wie vor eine Novellierung oder Ergänzung der bestehenden Rehabilitierungsgesetze dringend erforderlich.

1.4. Dezentrale Beratungsinitiative

Da bis Ende 2003 noch Unsicherheit über ein drohendes Auslaufen der Rehabilitierungsgesetze bestand, wurde eine – durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur initiierte und geförderte – Beratungsinitiative zu Rehabilitierungsfragen begonnen, die Sprechtag in allen sächsischen Regionen beinhaltete. Durch die zunächst zeitliche Befristung der Möglichkeit einer Antragstellung nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen (bis 31.12.2003) ergab sich die dringende Notwendigkeit, diese Gesetze der Bevölkerung stärker bekannt zu machen, insbesondere solche Anspruchsberechtigte zu erreichen, die bisher noch keinen Rehabilitierungsantrag gestellt haben.

Dank der Förderung durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wurde es dem LStU möglich, einen professionellen Berater zu gewinnen, der im Auftrag der Behörde im Herbst 2003 in 16 sächsischen Städten eine ganztägige Beratung zu den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen durchführte. Diese Initiative umfasste die Städte Zittau, Löbau, Görlitz, Weißwasser, Hoyerswerda, Torgau, Delitzsch u. a. Der Regierungsbezirk Chemnitz wurde deswegen nicht berücksichtigt, weil dort zeitgleich ein Beratungsangebot der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR – Außenstelle Chemnitz – stattfand. Dieses zielte zwar eher auf die Möglichkeiten des Stasiunterlagengesetzes ab, doch Fragen zu den Rehabilitierungsgesetzen wurden hier auch behandelt bzw. weitervermittelt.

Mit Herrn Utz Rachowski konnte ein kompetenter Berater gewonnen werden, der im Auftrag des Landesbeauftragten vor Ort tätig wurde und die Beratungen in den Rathäusern oder Landratsämtern durchführte. In diesem Zusammenhang wurden auch Fragen der Akteneinsicht bei der BStU beantwortet und ggf. entsprechende Formulare ausgehändigt.

Insgesamt 319 Personen nutzten diese Beratungsmöglichkeit. In der Regel hatten die Ratsuchenden Fragen zu den Möglichkeiten der Rehabilitierungsgesetze, so dass im Ergebnis der Gespräche viele Bürger Anträge auf berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitierung sowie in einzelnen Fällen auch auf strafrechtliche Rehabilitierung stellten. Viele ehemalige politische Häftlinge konnten auch auf die Hilfsmöglichkeiten der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn verwiesen werden. Einzelne ehemalige politische Häftlinge erfuhren erst bei dieser Beratung von der mit der Novellierung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes verbundenen erhöhten Kapitalentschädigung für die Haftzeit.

Große Schwierigkeiten bestehen nach wie vor bei der Durchsetzung der Folgeansprüche für beruflich Rehabilitierte. Die bevorzugte Umschulung und Weiterbildung kommt oft nicht zum Tragen, weil Betroffenen bei den Arbeitsämtern nichts Passendes angeboten wird. Für eine Aufnahme eines Hochschulstudiums sind die entsprechenden Fristen bereits zum 01.01.2003 ausgelaufen ohne dass Nachfolgeregelungen getroffen wurden. Berufliche Rehabilitierungen laufen deshalb heute oft ins Leere, zumindest hinsichtlich der Konsequenzen für den Berufsweg oder die Ausbildung.

1.5. Beratung zu Fragen der Überprüfung und Bewertung

Im Zusammenhang mit den Überprüfungsverfahren auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR können sich sowohl personalführende Stellen an den Landesbeauftragten wenden als auch Personen, zu denen seitens der Bundesbeauftragten Auskünfte mit Hinweisen auf eine Stasi-Tätigkeit herausgegeben wurden.

Die Anfragen der personalführenden Stellen bezogen sich weiterhin überwiegend auf das Verfahren der Überprüfung. Es gab wiederum nur in einem Fall die Anforderung einer gutachterlichen Stellungnahme und Bewertung eines von der Bundesbeauftragten herausgegebenen Auskunftsberichtes.

Anfragen von Personen, die bei der Bundesbeauftragten als Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes erfasst sind, gab es nur in Einzelfällen. Diese bezogen sich zum Teil auf eine anstehende Überprüfung. Im Vorfeld einer beabsichtigten Tätigkeitsaufnahme oder Weiterbeschäftigung im Öffentlichen Dienst interessiert die Betroffenen sowohl das Verfahren der Überprüfung als auch die Kriterien der Bewertung. Dabei geht es konkret um die Frage, ob ihre eigene Beschäftigung im Öffentlichen Dienst angesichts der vorliegenden Unterlagen gemäß Artikel 119 der Verfassung des Freistaates Sachsen als „tragbar“ oder „untragbar“ zu bewerten ist.

In wenigen Fällen erreichen uns Ersuchen, um eine Art „Gegengutachten“ zu den Entscheidungen personalführender Stellen bzw. zu Gerichtsurteilen auszufertigen. Hierzu muss nach wie vor gesagt werden, dass eine Einbeziehung des Landesbeauftragten nur in laufende Verfahren möglich ist und eine nachträgliche Stellungnahme nicht zweckdienlich erscheint. Den Betroffenen wird in solchen Fällen mitgeteilt, dass der Landesbeauftragte – gem. § 3 Abs. 2 des Sächsischen Landesbeauftragtengesetzes – „Gutachten“ nur auf Ersuchen des Landtages oder der Staatsregierung erteilt. Bewertungen von Unterlagen über Mitarbeiter oder Begünstigte des Staatssicherheitsdienstes und daraus folgende Empfehlungen erstellt der Landesbeauftragte auch auf Ersuchen weiterer nach den §§ 20 und 21 Abs. 1 Nr. 6. und 7. des Stasi-Unterlagengesetzes antragsberechtigter personalführender Stellen – aber grundsätzlich nur dann, wenn dem Landesbeauftragten der vollständige Auskunftsbericht der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen vorgelegt wird.

Dasselbe gilt für Einzelpersonen, die eine fachliche Bewertung ihrer Stasi-Unterlagen wünschen: Da eine fachliche Bewertung durch unsere Behörde nur dann sinnvoll durchgeführt werden kann, wenn uns der gesamte Umfang und die jeweilige(n) Vorgangsart(en) der zur entsprechenden Person bei der BStU vorliegenden Stasi-Unterlagen bekannt sind, muss uns zunächst eine so genannte „Selbstauskunft“ gemäß § 13 Abs. 1 und 2 StUG vorgelegt werden. Aus dieser geht hervor, welche Stasi-Unterlagen zu der betreffenden Person bei der BStU vorliegen. Für eigenständige Recherchen des Landesbeauftragten zu personenbezogenen Unterlagen zum Zweck der Begutachtung und Bewertung gibt es keine Rechtsgrundlage.

1.6. Zur Frage der psychosozialen Beratung

Bereits in den vorhergehenden Tätigkeitsberichten wurde das Problem angesprochen, dass sich – ungeachtet der Tatsache, dass mit der Novellierung des Sächsischen Landesbeauftragtengesetzes vom März 2000 die psychosoziale Beratung und die Koordinierung und Förderung von psychosozialen Beratungsangeboten für Betroffene des DDR-Staatssicherheitsdienstes als Aufgabe unserer Behörde gestrichen wurde – weiterhin in nahezu unvermindertem Umfang Hilfesuchende an unsere Behörde wenden, die an eine professionelle psychosoziale Beratungsstelle vermittelt werden müssten. Die Vermittlung von Betroffenen an eine Beratungsstelle in Berlin ist wegen der räumlichen Entfernung nur in Einzelfällen sinnvoll.

Im zurückliegenden Jahr konnte auf diesem Gebiet insoweit ein Fortschritt erreicht werden, dass – in Abstimmung mit unserer Behörde – zwei Absolventen des bundesweiten Ausbildungs-Kurses der Caritas zu psychosozialer Beratung für den Umgang mit DDR-Unrecht, im Rahmen einer kirchlichen Trägerschaft spezielle Beratungen in Dresden, Zwickau, Chemnitz und Leipzig anbieten.

2. Bewertung von Stasi-Unterlagen

Primär geht es bei der Bewertung von Stasi-Unterlagen durch den Landesbeauftragten um so genannte „Täter-Akten“. Genauer: um Stellungnahmen zu BStU-Auskunftsberichten zur Überprüfung auf eine frühere Tätigkeit für das MfS. Das Ergebnis der Bewertung ist eine Empfehlung, ob eine Beschäftigung in einem bestimmten Bereich zumutbar erscheint oder nicht.

Angeregt durch die Debatte um die Schwierigkeiten bei den beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsverfahren, bietet unsere Behörde seit Anfang 2001 auch an, Bewertungen von Stasi-Unterlagen im Zusammenhang mit Rehabilitierungsverfahren durchzuführen. Hierbei geht es um Unterlagen über Betroffene oder Dritte im Sinne des Stasi-Unterlagengesetzes, also um so genannte „Opfer-Akten“. Das Ergebnis der Bewertung ist hier eine Feststellung, ob und in welchem Umfang sich Verfolgungstatbestände aus den Stasi-Unterlagen ableiten lassen.

2.1. Bewertung zu Überprüfungsfragen

In strittigen oder unklaren Fällen können sich personalführende Stellen an den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen wenden. Der Landesbeauftragte erstellt dann auf der Grundlage der ihm zur Verfügung gestellten Auskunftsberichte der Bundesbeauftragten Bewertungen und gibt die daraus folgenden Empfehlungen.

Bei den Bewertungen im Rahmen von Einzelfallprüfungen wird Stellung genommen zur oft gestellten Frage der Echtheit der Dokumente, zu den jeweiligen Sachzusammenhängen, zum Charakter der Stasi-Tätigkeit und den damit zusammenhängenden belastenden oder entlastenden Momenten. Grundsätzlich geht es bei der Überprüfung auf eine frühere Stasi-Tätigkeit und den entsprechenden personalrechtlichen Konsequenzen nicht um Kategorien

von Schuld und Bestrafung, sondern um die Feststellung von Eignung. Das Kriterium der Eignung bezieht neben der damaligen Rolle im SED-Staat auch die heutige Position im Öffentlichen Dienst mit ein: Für die Stelle eines Abteilungs- oder Referatsleiters sollte man durchaus andere Maßstäbe anlegen als für die einer Schreibkraft oder eines Hausmeisters.

Der Umfang der Überprüfungen auf eine Tätigkeit für das MfS hat in den zurückliegenden Jahren abgenommen. Während im Berichtszeitraum personalführende Stellen in 9 Fällen zum Verfahren der Überprüfung beraten wurden, gab es nur eine einzige Anfrage nach einer gutachterlichen Bewertung zu einem Einzelfall.

2.2. Bewertung zu Rehabilitierungsfragen

Das Angebot unserer Behörde an die Rehabilitierungsbehörde beim Landesamt für Familie und Soziales in Chemnitz, zu Einzelfällen bei der beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitation eine Bewertung der vorliegenden Stasi-Unterlagen Verfolgter vornehmen, um festzustellen, ob und in welchem Umfang sich Verfolgungstatbestände aus den Stasi-Unterlagen ableiten lassen, ist im Berichtszeitraum nicht wahrgenommen worden.

Über das Sächsische Staatsministerium der Justiz war ein ähnliches Angebot auch an die Entschädigungsstelle bei der Sächsischen Generalstaatsanwaltschaft herangetragen worden. Hier geht es um die Feststellung von Ausschlussgründen bei der Kapitalentschädigung im Rahmen der strafrechtlichen Rehabilitation; d. h. um solche Fälle, wo politische Häftlinge vor, während oder nach ihrer Haftzeit für das MfS tätig waren.

3. Öffentlichkeitsarbeit und politische Bildung

3.1. Pressearbeit

Stellungnahmen des Landesbeauftragten zu aktuellen Entwicklungen fanden eine Resonanz in der Presse, so z. B.:

- zur Bedeutung der "Rosenholz"-Dateien (Sächsische Zeitung, 12.09.2003),
- zur Beurteilung von Stasi-Verstrickungen im Zusammenhang mit der Leipziger Olympia-Bewerbung (Die Welt, 04.10.2004, die tageszeitung, 7.10.2003, Netzeitung, 10.10.2003, BBC Sport, 09.10.2003, The Scotsman, 9.10.2003),
- zum Konflikt um das Sächsische Gedenkstättenstiftungsgesetz (Sächsische Zeitung, 30.01.2004),
- zum neuen Außenstellenkonzept der BStU (MDR-Sachsen Spiegel, 04.02.2004),
- und zu Fragen der Rehabilitation, insbesondere gesundheitlicher Folgen politischer Haft in der DDR (Presseinformation der Konferenz der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zum Expertengutachten "Gesundheitliche Folgen politischer Haft in der DDR", vom 13.01.2004).

Darüber hinaus hat sich die Konferenz der Landesbeauftragten im Herbst 2003 an verschiedene Rundfunkanstalten gewandt, um zu erreichen, dass künftig in der Berichterstattung zum Volkstrauertag auch die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft gewürdigt werden.

Veröffentlichungen mit Bezug auf die Arbeit des Sächsischen Landesbeauftragten erschienen z. B. in folgenden Medien:

- zur Veranstaltung „Pazifismus als Schutzbehauptung?“ (Publik Forum, Nr. 22, November 2003)
- zur Veranstaltung in Imshausen (Hessisch-Niedersächsische Allgemeine, 24.11.2003),
- zur Beratungsinitiative zu Rehabilitierungsfragen (Sächsische Zeitung, 05.11.2003),
- zur Wanderausstellung zum 17. Juni 53 (Nordbayerischer Kurier, 21.10.2003),
- zum Buch von A. Beyer der LStU-Schriftenreihe (FAZ, 31.12.2003),
- zur Lesung von Regina Kaiser und Uwe Karlstedt (Sächsische Zeitung, Ausgabe Bautzen und Bischofswerda, 12.06.2004, 18.06.2004; SZ, 05.07.2004, 07.07.2004)

Hinweise zu den verschiedenen Veranstaltungen wurde an die Tagespresse weitergeleitet. Die *Sächsische Zeitung* hat in ihrem Tagesprogramm und in der wöchentlich erscheinenden Kulturbeilage auf die Veranstaltungen hingewiesen. Darüber hinaus haben das Stadtmagazin *Dresdner* und *SAX* über die Dresdner Vorträge informiert. Überregional wurde die Vortragsreihe für Nachwuchswissenschaftler in der Fachzeitschrift *Deutschland Archiv* und im Internet-Informations- und Kommunikationsnetzwerk für professionell tätige Historikerinnen und Historiker *H-Soz-u-Kult* angekündigt.

Der Landesbeauftragte hat Medienvertreter in vielen Fällen fachlich beraten, Hintergrundinformationen zur Verfügung gestellt sowie Kontakte zu Sachverständigen und Zeitzeugen vermittelt. Aktuelle Pressemitteilungen hat der Landesbeauftragte an die Mitglieder der Landespressekonferenz und an überregional tätige Medienvertreter versandt.

Die Erstellung einer eigenen Homepage für die Internet-Präsentation unserer Behörde konnte im zurückliegenden Berichtszeitraum abgeschlossen werden. Sie ist zu erreichen unter www.lstu-sachsen.de. Den verschiedensten Kooperationspartnern der Behörde sowie Medienvertretern wurde die Freischaltung der Homepage mitgeteilt, so dass vielerorts bereits eine weitere Verlinkung erfolgen konnte. Die Medienvertreter haben mit der Homepage die Möglichkeit, sich noch detaillierter und umfassender über die laufende Arbeit des Landesbeauftragten zu informieren und können dort z. B. alle Pressemitteilungen abrufen. Darüber hinaus verweist die Homepage auf andere sächsische Einrichtungen zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur und bietet erste Orientierungshilfen zu Fragen der Rehabilitierung von SED-Unrecht. Die Seite gibt einen Überblick über verschiedene Bildungsangebote, zeigt, welche Nutzungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit bereitstehen und nennt die entsprechenden Ansprechpartner. Eine Veranstaltungsübersicht informiert über die aktuellen Veranstaltungen des Landesbeauftragten.

3.2. Veranstaltungen

Im zurückliegenden Berichtszeitraum gab es im Bereich der Veranstaltungen sowohl eine Fortführung des bestehenden Profils als auch eine Neuerung. Neben den Veranstaltungen, die überwiegend als Kooperationsveranstaltungen mit anderen Trägern durchgeführt wurden, hat der Sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen seit Januar 2004 eine eigene Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen. Einmal pro Monat bietet er ein Podium für

Nachwuchswissenschaftler, die sich mit der Aufarbeitung des SED-Unrechts im Raum Sachsen beschäftigen. Der Schwerpunkt der Vorträge liegt auf der Darstellung verschiedener Facetten der Machtdurchsetzung im DDR-System. Dabei spielt die Staatssicherheit eine zentrale Rolle. Die Vorträge dienen dazu, aktuelle Forschungsprojekte vorzustellen und die wissenschaftsinterne Fachdiskussion einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Die Veranstaltungsreihe, die ein interessiertes Publikum anspricht, das Interesse an neuesten Forschungsergebnissen zur DDR-Geschichte im Raum Sachsen hat, wurde bisher mit Interesse aufgenommen. Folgende Vorträge wurden bis Juni 2004 gehalten:

- 28.01.2004 Reform und Repression. Die 3. Hochschulreform und ihre Folgen an der Bergakademie Freiberg, Norman Fuchsloch
- 25.02.2004 Die Baumoderne der DDR – Architekturtendenzen des *Neuen Bauens* der 50er/60er Jahre in Leipzig, Diana Rößler
- 24.03.2004 Konfliktlösungspotential von Opfer- Täter-Begegnungsprojekten in der Post-DDR-Zeit, Katharina Gajdukowa
- 28.04.2004 Reisekader in der DDR am Beispiel der TU Dresden, Jens Niederhut
- 26.05.2004 Sakralisierung, Identität und Mythos. Der 15. Januar 1919 als politischer Gedenktag der DDR, Barbara Könczöl
- 23.06.2004 Wohnen im Spannungsfeld von Herrschaft und Alltagspraxis: Das Beispiel von Dresden-Prohlis in den 70er und 80er Jahren, Anita Maaß

Folgende Veranstaltungen wurden als Kooperationsveranstaltungen mit anderen Trägern durchgeführt:

- 10.11.2003 Pazifismus als Schutzbehauptung? Strategien der ostdeutschen Friedensbewegung im Herbst 1983, zusammen mit dem Evangelischen Informationszentrum e.V. Dresden und der Dreikönigskirche, Haus der Kirche
- 21.11.2003-23.11.2003 Warum Flugblätter werfen? Der Widerstand der "Weißen Rose" 1942/43 und der "Werdauer Oberschüler" 1950/51 im Spiegel neuer Publikationen - Was bewegt zur Auseinandersetzung mit Diktaturen?
- 26.11.2003 Joachim Gauck „Der lange Schatten der Diktatur“, Vortrag im Peter-Breuer Gymnasium in Zwickau
- 05.12.2003 Vortrag von Dr. Walter Süß: „Entmachtung der Staatssicherheit 1989/90“ anlässlich des Tages der offenen Tür in der ehemaligen MfS-Untersuchungshaftanstalt Dresden, Bautzner Straße, BStU Dresden, Erkenntnis durch Erinnerung e.V., Berufliches Schulzentrum Dresden, Bürgerkomitee Bautzner Straße e.V., Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.
- 29.01.2004 Monika Aschenbach: „Zwangsaussiedlungen- ein dunkles Kapitel deutscher Geschichte“, zusammen mit der BStU Dresden und der Konrad-Adenauer Stiftung
- 26.02.2004 Wolfgang Oleschinski: „Auf Biegen und Brechen“ Jugendwerkhöfe in der DDR. Das Beispiel Torgau, zusammen mit der Wilhelm-Külz-Stiftung und der BStU, Dresden
- 16.03.2004 Dr. Edmund Käbisch: „Die Kirche im SED-Staat“, zusammen mit dem Amtsgericht Aue

- 20.04.04 Dr. Edmund Käbisch: „Die Kirche im SED-Staat“, im Blockhaus Dresden
 24.06.2004 Reinhardt Buthmann: „Das Imperium des Alexander Schalck-Golodkowski. Platz und Rolle des MfS im Bereich KoKo“, BStU Dresden
 30.06.2004 „Zwölf heißt 'Ich liebe dich'. Der Stasi-Offizier und die Dissidentin“ Lesung und Gespräch mit Regina Kaiser und Uwe Karlstedt, zusammen mit der Gedenkstätte Bautzen

Mitarbeiter der Behörde hielten verschiedene Vorträge und beteiligten sich als Referenten an folgenden Veranstaltungen:

- 17.07.2003 Podium „Revolution und Transformation. Die ostdeutsche Wende und ihre gesamtdeutschen Folgen“ an der Technischen Universität Dresden, Institut für Geschichte, zusammen mit Dr. Roswitha Kerbus und Dr. Herbert Wagner (Dr. Sobeslavsky).
 26.07.2003 Der Staatssicherheitsdienst im System des SED-Staates, Brücke-Most-Stiftung Dresden (Beleites)
 17.09.2003 Der 17. Juni 1953 in den sächsischen Bezirken, Schulmuseum Leipzig (Dr. Sobeslavsky)
 09.10.2003 Der Staatssicherheitsdienst im System des SED-Staates, Friedrich-Ebert-Stiftung Dresden (Beleites)
 10.10.2003 Zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Sachsen, Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen, Friedrich-Ebert-Stiftung (Beleites)
 12. 10.2003 "Der 17. Juni 1953 in den sächsischen Bezirken“, Gymnasium „Fränkische Schweiz“, Ebermannstadt (Dr. Sobeslavsky)
 17.10.2003 Der 17. Juni 1953 in Sachsen, Landratsamt Bayreuth (Beleites)
 07.11.2003 Die kirchliche Umweltbewegung in der DDR, Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Bitterfeld (Beleites)
 11.11.2003 Der Staatssicherheitsdienst im System des SED-Staates – Wege der Aufarbeitung, Gesprächskreis der Evangelischen Kirchengemeinde Dresden-Brießnitz (Beleites)
 20.11.2003 Der 17. Juni 1953 in Sachsen, St.-Annen-Kapelle, Kulturamt Görlitz (Beleites)
 25.11.2003 "Der Herbst '89 in Dresden - Die Gruppe der 20“ – Vortrag im Rahmen einer Studienreise des Bildungswerks der Humanistischen Union NRW. (Dr. Sobeslavsky)
 26.11.2003 „Gerechtigkeit für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft“ – Podiumsdiskussion der Konrad-Adenauer-Stiftung (Beleites)
 25.03.2004 "Und die Wahrheit wird Euch frei machen" – Zum Umgang mit den Stasi-Akten, Katholische Akademie Dresden, Blockhaus (Beleites)
 22.06.2004 „Künstler im Visier der Stasi. Politische Verfolgung von Autoren und Künstlern in der DDR“, Geschwister-Scholl-Gymnasium Taucha (Dr. Sobeslavsky)

Wie in den vorhergehenden Jahren war der Sächsische Landesbeauftragte an der Ausrichtung des diesjährigen (8.) bundesweiten Kongresses der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden

und Aufarbeitungsinitiativen beteiligt. Dieser Kongress fand vom 21. bis 23. Mai 2004 in der Stadt Jena unter dem Motto „Vom Wert der Freiheit“ statt.

Seit Ende 2003 liefen Vorbereitungen für die Planung einer Veranstaltungsreihe und einer Wanderausstellung zur Erinnerung an den Beginn der friedlichen Revolution, der sich im Oktober 2004 zum 15. Mal jährt. Ausschlaggebend für unsere Initiative war folgender Hintergrund: Das DDR-Regime, das auf die ersten Demonstrationen des Herbstes 1989 zunächst mit brutalen Übergriffen und Massenfestnahmen reagierte, wurde allein durch die rasch anwachsende Zahl der Demonstranten zum Einlenken gezwungen – und zwar zum ersten Mal in den sächsischen Städten Plauen, Dresden und Leipzig. Die ersten Großdemonstrationen des Jahres 1989 mit sichtbaren Erfolgen, nämlich Dialogangeboten und einem Rückzug von Polizei und Kampfgruppen, fanden am 7. Oktober in Plauen und am 8. Oktober in Dresden statt. Diese Ereignisse mündeten in den Leipziger 9. Oktober ein, den historischen Durchbruch zur friedlichen Revolution für die ganze DDR. Hieraus ergab sich das Motiv für eine Veranstaltungsreihe und eine Wanderausstellung mit den Schwerpunkten Plauen, Dresden und Leipzig. Dankbar konnte auf die in Leipzig seit Jahren zu einer guten Tradition gewordenen Erinnerung an den 9. Oktober zurückgegriffen werden. Letztlich geht es darum, dass die Erinnerung an die mit dem 9. Oktober 1989 verknüpften historischen Ereignisse auch über die Stadt Leipzig hinaus im Bewusstsein der Menschen verankert wird. Seit Januar 2004 fanden in unserer Behörde monatlich Koordinierungstreffen mit Vertretern der Initiativgruppen aus Leipzig, Plauen und Dresden statt; ebenso war der Landesbeauftragte in die Arbeit der Initiativgruppe Leipzig eingebunden. Auch wenn bis Ende Juni 2004 noch keine Förderzusage vorlag (eine Bewilligung der beantragten Mittel durch die Sächsische Staatsregierung erfolgte im Juli 2004), konnten noch im Berichtszeitraum wichtige Klärungen und Vorarbeiten für die Wanderausstellung "Aufbruch '89 – Die friedliche Revolution in Sachsen" begonnen werden.

Weiterhin nahmen der Landesbeauftragte und Mitarbeiter der Behörde an verschiedenen Fachtagungen und Gedenkveranstaltungen teil. Besonders zu erwähnen sind hier die Kranzniederlegungen zum Volkstrauertag 2003 auf dem Gräberfeld am "Karnickelberg" in Bautzen und zum 17. Juni 2004 an der Gedenktafel am Dresdner Postplatz.

3.3. Publikationen

Folgende Veröffentlichungen wurden im Berichtszeitraum als Einzelpublikationen erstellt und (mit)herausgegeben:

- Faltblatt: Der Sächsische Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR - Aufgaben und Angebote, Dresden 2003.
- Über Grenzen und Zeiten – Für Freiheit, Recht und Demokratie. Dokumentation des 7. Kongresses der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen vom 23.-25. Mai 2003 in Brandenburg.

Bei dem vorliegenden Band handelt es sich um eine Zusammenstellung der Vorträge und Diskussionsbeiträge des Kongresses, die durch Fotos der Tagung abgerundet wurden.

- Freyberger, H. J.; Frommer, J.; Maercker, A.; Steil, R.: Gesundheitliche Folgen politischer Haft in der DDR. Herausgegeben von der Konferenz der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Dresden 2003.

Das vorliegende Gutachten fasst die neuesten Forschungsergebnisse zum Thema „Gesundheitliche Folgen politischer Haft in der DDR“ zusammen. Die Studie bietet den zuständigen Gutachtern in den Versorgungsämtern wissenschaftlich fundierte Fachinformationen, die bei der Bewertung von Einzelfällen hilfreich sein können. Die Landesbeauftragten erhoffen sich damit eine höhere Sensibilität gegenüber der besonderen Lage der ehemaligen politischen Häftlinge. Den Betroffenen soll das Gutachten als Argumentationshilfe dienen, denn immer noch ist die Quote der anerkannten Haftfolgeschäden sehr gering. Das Gutachten wurde von folgenden vier in diesem Fachgebiet ausgewiesenen Wissenschaftlern erstellt: Prof. Dr. med. Harald J. Freyberger (Greifswald), Prof. Dr. med. Jörg Frommer (Magdeburg), Prof. Dr. med. Dr. phil. Andreas Maercker (Zürich) und Dr. phil. Regina Steil (Jena). Gefördert wurde das Projekt von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

- Zeitzeugen-Projekt 1997-1999. Erfahrungen mit politischer Haft in der SBZ und DDR. Übersicht der Video-Interviews. Herausgegeben vom Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Dresden 2004.

Die vom früheren Landesbeauftragten Siegmund Faust initiierte Videodokumentation von Interviews mit in der SBZ und in der DDR politisch Inhaftierten wurde in den letzten Jahren erschlossen und im zurückliegenden Berichtszeitraum für potenzielle Nutzer zugänglich gemacht. Zu den 37 vorliegenden Videointerviews wurde eine Broschüre erstellt (die seit September 2004 vorliegt). Die Broschüre bietet einen Überblick über die Interviews und über die Haftschicksale der Befragten. Neben den lebensgeschichtlichen Daten der interviewten Personen enthält die Broschüre Hinweise zu den konkreten Nutzungsbedingungen des Materials. Ein Personenregister und ein Verzeichnis der Haftorte erleichtert die Erschließung und Nutzung des Videomaterials und spricht auch jene Forscher an, die sich nicht direkt mit den interviewten Personen, wohl aber mit bestimmten Haftorten und erwähnten Personen beschäftigen.

Seit Anfang 2003 gibt unsere Behörde eine eigene Schriftenreihe („Schriftenreihe des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen“) heraus, die bei der Evangelischen Verlagsanstalt Leipzig erscheint. In dieser Reihe wird die Widerstands- und Repressionsgeschichte für die Zeit der kommunistischen Diktatur anhand konkreter Beispiele dokumentiert und beschrieben. Herausragende Ereignisse und Biographien mit sächsischem Bezug, aber auch Analysen von Herrschaftsstrukturen und Oppositionsstrategien werden für eine breite Zielgruppe didaktisch professionell aufbereitet. Besonderes Gewicht wird daher auf die Verwendung von Bildmaterial der authentischen Orte und Ereignisse sowie der handelnden Personen gelegt. Sachsen ist nicht nur durch die Namen Bautzen, Torgau, Waldheim und Hoheneck als Standort von Zuchthäusern und Sondergefängnissen für politische Repression bekannt, sondern auch durch einen bemerkenswerten politischen Widerstand, der sich von hier aus zur friedlichen Revolution des Herbstes 1989 ausbreitete. Ziel der Reihe ist es, sowohl die drastischen Unterdrückungsmethoden des totalitären Regimes anschaulich zu machen als auch den Mut und die Zivilcourage der Widerständler zu würdigen – und auf diesem Wege die Vermittlung demokratischer Werte zu fördern.

Als dritter Band der Schriftenreihe entstand im Berichtszeitraum:

- Lenore Lobeck: Schwarzenberg zwischen Ereignis und Geschichte, 1945-1950. Leipzig 2004.

Diese Publikation, die sich derzeit im Druck befindet, beschäftigt sich mit der Differenz zwischen den historischen Ereignissen in dem nach dem Krieg unbesetzt gebliebenen Landkreis Schwarzenberg und der geschichtlichen Überlieferung und Deutung dieser Ereignisse. Die Autorin zeigt sehr anschaulich unterschiedliche Versionen der Legendenbildung auf und geht dabei der Frage nach, welche Ziele mit der Umdeutung der Ereignisse verbunden waren. Den Kern der Studie macht die historische Rekonstruktion des damaligen Geschehens aus, die dem in der DDR propagierten Geschichtsbild gegenübergestellt werden und somit zu einer Korrektur des verfälschten, aber weit verbreiteten Geschichtsbildes beitragen. Die Analyse der Autorin erfasst nicht nur die wenigen Wochen der besatzungsfreien Zeit, sondern spannt den Bogen von den 20er Jahren bis zur Etablierung der SED-Diktatur in den 50er Jahren. Dadurch gelingt es der Autorin, die Nachkriegsereignisse in einen breiteren Rahmen zu fassen, der letztlich verdeutlicht, dass die Schwarzenberger Konflikte im Jahre 1945 bereits in der Zeit der Weimarer Republik ihren Ursprung hatten.

Seit Mai 2004 arbeitet Jens Niederhut an einem weiteren Band der Schriftenreihe, der sich mit dem „Reisekader“-System in der DDR am Beispiel der TU Dresden beschäftigt. Dieser Band erscheint im Jahr 2005.

Weiterhin wurde an dem Buchprojekt

- Die Grenze im Osten. Die Stasi und das Grenzregime der DDR zu Polen und der Tschechoslowakei

weitergearbeitet, das im Jahr 2005 fertig gestellt werden soll.

3.4. Ausstellung

Die im Vorjahr – anlässlich des 50. Jahrestages des Juni-Aufstands von 1953 – unter Mitarbeit von Uta Dittmann, Steffen Giersch (Dresden), Dr. Heidi Roth und Michael Wildt (Leipzig) erstellte Wanderausstellung

- „Solidarität mit Berlin“ – Der 17. Juni 1953 in den sächsischen Bezirken

besteht aus 25 Postern (100 x 150 cm, Hochformat) und wurde in vier Exemplaren hergestellt.

Die vier Exemplare der Ausstellung wurden (und werden) parallel an verschiedenen Orten präsentiert. Dazu stellte der Landesbeauftragte A3-Plakate mit den Angaben zu den jeweiligen Ausstellungsorten zur Verfügung. An folgenden Orten wurde die Ausstellung im Berichtszeitraum gezeigt:

Brandis:	CVJM, 23. Juni – 22. August 2003
Hoyerswerda:	Stadtmuseum, 23. Juni – 10. Juli 2003
Leipzig:	Archiv Bürgerbewegung e.V., 30. Mai – 31. Dezember 2003
Werdau:	Verwaltungszentrum Zwickauer Land, 25. Juni – 3. Juli 2003
Delitzsch:	Bundesministerium der Verteidigung, Feldwebel-Boldt-Kaserne, 11. - 25. Juni 2004,
Ebermannstadt:	Gymnasium „Fränkische Schweiz“, 10. – 28. November 2003,
Hermisdorf:	Stadthalle, 1. – 30. Oktober 2003,
Mödlareuth:	Grenzlandmuseum, 3. Januar 2004 – 31. März 2004,
Münster-Handorf:	Bundesministerium der Verteidigung, Lützow-Kaserne, 3. – 9. Juni 2004,
Kahla:	Rathaus, 6. – 29. Dezember 2003,
Leipzig:	Haus der Demokratie, 17. Juni – 25. September 2004,
Leipzig:	Leibniz-Gymnasium, 6. Februar – 26. März 2004,
Leipzig:	Mommsen-Gymnasium, 12. Dezember 2003 – 5. Februar 2004,
Leipzig:	Schulmuseum, „Runde Ecke“, 1. – 30. September 2003,
Leipzig:	Regionalschulamt, 26. März – 26. April 2004,
Weiden:	Bundesministerium der Verteidigung, Ostmark-Kaserne, 15. – 26. Juni 2004,
Wurzen:	Gymnasium, 27. – 31. August 2003,
Bayreuth:	Landratsamt, 17. Oktober – 6. November 2003,
Görlitz:	St.-Annen-Kapelle, 20. November – 5. Dezember 2003.

3.5. Bildungsarbeit

Projekt: Jugend-Alltag in der DDR

Im Jahr 2001 hat im Auftrag und mit der fachlichen Unterstützung unserer Behörde die Berliner Graphik-Agentur „Kulturpunkte“ Materialien für ein Schülerprojekt zum Thema „DDR-Jugend und Staatssicherheit“ erstellt. Fünf Mappen mit Dokumenten, Bildmaterial und Originalgegenständen zu verschiedenen Themen sind zusammengestellt worden als Arbeitsgrundlage für Schülergruppen. Seit dem Schuljahr 2002/03 hält unsere Behörde das Projektangebot zum Alltag Jugendlicher in der DDR für sächsische Gymnasien bereit. Ausgestattet mit Materialien für fünf Arbeitsgruppen besucht ein Mitarbeiter des Landesbeauftragten sächsische Schulen. Die Gruppen erhalten zur Erforschung des Alltags Jugendlicher in der DDR Dokumente, Zeitzeugenberichte und verschiedene Anschauungsobjekte. Diese Materialien spiegeln den Blickwinkel der Stasi und den der Jugendlichen wider. Bei dieser „Forschungsarbeit“ lernen die Schüler den offiziellen Schulalltag zwischen Pioniergruppe und Wehrkundeübung kennen, befassen sich aber auch mit der Öko- und Friedensbewegung sowie den politischen Konflikten, in die Musik- und Fußballfans gerieten. Die Schüler erhalten Gelegenheit, eigenständig mit historischen Dokumenten und Archivmaterialien zu arbeiten und sich mit Einzelschicksalen auseinander zu setzen. Anschließend präsentieren sich die Schülergruppen gegenseitig ihre Ergebnisse. Dabei steht der Mitarbeiter unserer Behörde für Fragen und zur Diskussion zur Verfügung. Das Schülerprojekt nimmt zwei oder drei Unterrichtsstunden in Anspruch und ist als Ergänzung des Lehrplanstoffes der 12. Klasse angelegt. Das Angebot ist kostenfrei und kann

auch telefonisch beim Sächsischen Landesbeauftragten angefragt werden. Im Berichtszeitraum wurde das Projekt von Schulen aus Leipzig und Umgebung am stärksten nachgefragt.

Vorträge und Diskussionsveranstaltungen an Schulen:

Auf Anfrage werden für Schulklassen und Schülergruppen Vorträge und Diskussionsveranstaltungen zu den Themenbereichen DDR-System, Stasi und Jugend, Widerstand und Repression sowie friedliche Revolution und Aufarbeitung der Diktatur durchgeführt.

Didaktische Hilfsmittel

Der Landesbeauftragte versteht sich als Ansprechpartner für Multiplikatoren aus dem Bereich der politischen Bildung und für Lehrer und unterstützt sie bei der Recherche nach geeignetem Text- und Bildmaterial. Im zurückliegenden Berichtszeitraum beantwortete er z. B. Anfragen aus Dresden, Leipzig, Markkleeberg, Hoyerswerda, Essen und St. Gallen.

4. Dokumentation und Forschung

Obwohl mit der Novellierung des Sächsischen Landesbeauftragtengesetzes im Jahr 2000 die „Einrichtung und Unterhaltung von Dokumentations- und Ausstellungszentren über die Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes“ als Aufgabe des Landesbeauftragten entfallen ist, spielen bestimmte Dokumentations- und Forschungsarbeiten weiterhin eine Rolle. Zum einen zur Fundierung der eigenen Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit und zum anderen – in relativ geringem Umfang – bei der Unterstützung externer Dokumentations-, Bildungs-, und Forschungstätigkeit.

4.1. Video-Dokumentation

Das Zeitzeugenprojekt, eine vom früheren Landesbeauftragten Siegmund Faust initiierte Videodokumentation von Interviews mit in der SBZ und in der DDR politisch Inhaftierten, konnte aufgrund des veränderten gesetzlichen Auftrags von der Behörde des Sächsischen Landesbeauftragten nicht weitergeführt werden.

Die vorhandenen digitalen Videobänder, die im Rahmen einer ABM von Mai 2002 bis Mai 2003 ausgewertet und archiviert wurden, sollen zukünftig in den Bestand des Hauptstaatsarchivs übernommen werden (Absprachen auf Arbeitsebene erfolgten bereits). Das Material wird jedoch auch als Kopie beim Landesbeauftragten vorliegen, so dass eine Nutzung in der Behörde weiterhin möglich ist. Um die Erschließung und Nutzung des Videomaterials zu erleichtern, wurden Findhilfsmittel erstellt, die die Recherche nach Haftorten und erwähnten Personen ermöglichen. Des Weiteren wurden Zusammenfassungen

der vorhandenen Videos angefertigt, lebensgeschichtliche Daten der interviewten Personen und die Nutzungsbedingungen des Bildmaterials zusammengestellt. Diese Informationen sind in der Broschüre "Zeitzeugen-Projekt 1997-1999. Erfahrungen mit politischer Haft in der SBZ und DDR. Übersicht der Video-Interviews" enthalten, die im Berichtszeitraum erstellt wurde und inzwischen gedruckt vorliegt.

Zum Video-Archiv gehören neben dem Bestand des Zeitzeugenprojektes auch eine weiterhin wachsende Sammlung von Filmbeiträgen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die für die politische Bildung bereitgehalten werden. Zudem wurden einige Veranstaltungen filmisch dokumentiert.

4.2. Dokumentensammlung

Im Archiv der Behörde befinden sich zahlreiche Kopien von Dokumenten zu Widerstand und Verfolgung sowie zum politischen System in der SBZ/DDR, die seit dem Bestehen der Behörde für Forschungsarbeiten gesammelt wurden. Diese Sammlung enthält neben Kopien von Dokumenten aus DDR-Institutionen sowie Flugblättern und Druckschriften von oppositionellen Gruppen auch Zeitzeugenberichte, Biographien von Verfolgten, Material zu Publikationsvorhaben, Zeitungsausschnitte und Auszüge aus Publikationen. Im Ganzen enthält der Bestand Materialien, die für die Arbeit des Landesbeauftragten und besonders für seine politische Bildungsarbeit bedeutsam sind. Das betrifft beispielsweise Kopien von Dienstanweisungen und Diplomarbeiten des Ministeriums für Staatssicherheit, welche bestimmte Strategien zur Verfolgung der DDR-Opposition zum Inhalt haben, oder auch Kopien von Arbeitsplänen der Dresdner Bezirksverwaltung des MfS. In gleicher Weise trifft das auf Dokumente zur Auflösung der Bezirksverwaltungen des Staatssicherheitsdienstes zu. Auf der Basis der in den letzten Jahren erstellten Systematik und Findhilfsmittel werden nun alle neu hinzukommenden Dokumente systematisch erfasst und in die Dokumentensammlung aufgenommen. Externen Nutzern können nun Videoarchiv und die Dokumente im Bibliotheksraum der Behörde zugänglich gemacht werden.

4.3. Bibliothek

Die Behörde des Landesbeauftragten verfügt über eine Fachbibliothek zu den Themen DDR-Geschichte, Staatssicherheit, Widerstand und Repression, Aufarbeitung und Gedenkstätten. Ihr Buchbestand wurde 2002 katalogisiert. Auf dieser Basis werden weiterhin Bücher neu aufgenommen. Neben der Nutzung der Bibliothek für die eigenen Arbeiten konnten insbesondere verschiedene Publizisten die Bibliothek für ihre Recherchen nutzen.

4.4. Unterstützung externer Forschungsprojekte

Der Landesbeauftragte unterstützt weiterhin externe Forscher durch fachliche Beratung, Vermittlung von Zeitzeugen, Experten und Institutionen sowie durch Materialien der eigenen Bibliothek und Dokumentensammlung. Unter anderem recherchierten Mitarbeiter unserer Behörde zu folgenden Themenbereichen:

- Recherche für eine Studie zur Aktion Sühnezeichen (Wien),
- Recherche für die Publikation „Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953“, Münster 2004,
- Unterstützung des Dissertationsvorhabens "Die Wiedergutmachung von politischem Unrecht in der SBZ/DDR. Zur Praxis der Rehabilitierung und Entschädigung seit 1992" (München).

Zu verschiedenen historischen Forschungsprojekten wurden Beratungen mit Mitarbeitern des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung in Dresden durchgeführt.

4.5. Bildarchiv

Das Archiv mit Reproduktionen von Bildmaterial zu Widerstand und Verfolgung in der SBZ und DDR wurde weiter ausgebaut. Es konnte sowohl bei der Erstellung der Publikationen als auch bei der Gestaltung der Ausstellungen mit großem Gewinn genutzt werden.

5. Koordinierung und Zusammenarbeit

5.1. Landtag, Staatsregierung und sächsische Landesbehörden

Zusammenarbeit und Beratungen mit dem Sächsischen Landtag gab es

- mit dem Präsidenten, mit den Vorsitzenden und mit Abgeordneten der CDU- und der SPD-Fraktion;
- mit dem Ausschuss für Verfassung und Recht;
- mit dem Arbeitskreis für Petitionen der CDU-Fraktion;
- und mit dem Sächsischen Datenschutzbeauftragten.

Zu der Sächsischen Staatsregierung bestanden Arbeitsbeziehungen zur Staatskanzlei und zu den Staatsministerien für Justiz, Inneres, Kultus, Soziales sowie Wissenschaft und Kunst.

Mit dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz, dessen Dienst- und Rechtsaufsicht der Landesbeauftragte untersteht, besteht weiterhin eine sehr gute Zusammenarbeit.

5.2. Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU)

Zur Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und ihrer Behörde bestanden auch im zurückliegenden Jahr vielfältige Arbeitskontakte. Insbesondere durch die Mitgliedschaft des Sächsischen Landesbeauftragten im Beirat bei der Bundesbeauftragten findet ein intensiver Gedankenaustausch zu den aktuellen Entwicklungen statt.

Mit den Leitern der sächsischen BStU-Außenstellen in Chemnitz, Dresden und Leipzig sind regelmäßig Beratungen durchgeführt worden. Die BStU-Außenstellen, insbesondere die Außenstelle Dresden, waren auch Kooperationspartner bei zahlreichen Veranstaltungen.

Die Diskussion um das neue Regionalkonzept der BStU spielte im Berichtszeitraum eine herausragende Rolle. Der Innenausschuss des Deutschen Bundestages hat am 5. Mai 2004 dem Regionalkonzept der BStU zugestimmt. Damit ist u. a. vorgesehen, ab 2006 die Archivbestände der 13 BStU-Außenstellen, d.h. die Überlieferung der regionalen MfS-Bezirksverwaltungen, an fünf Standorten (je einem pro Land) zu konzentrieren. Dafür wurden Kosten in Höhe von 23 Mio € veranschlagt, die sich nach ca. fünf Jahren amortisieren sollen.

Hierzu vertrat der Sächsische Landesbeauftragte die Auffassung, dass die Reihenfolge der anstehenden Grundsatzentscheidungen umgekehrt werden muss. Zuerst sollte eine Klärung der mittel- und langfristigen Perspektiven des Umgangs mit den Stasi-Unterlagen insgesamt herbeigeführt werden und dann eine Entscheidung über Archivstruktur und Archivumlagerungen.

Zu den Primärfragen hinsichtlich einer langfristigen Perspektive der Verwaltung der Stasi-Unterlagen gehören z. B. folgende:

- Inwieweit besteht nach dem Fristablauf zu den Überprüfungen (ab Anfang 2007) noch die Notwendigkeit einer Sonderverwaltung von Stasi-Unterlagen gegenüber dem Archivgut von anderen DDR-Institutionen? Ist eine Annäherung bzw. Angleichung der Nutzung von Stasi-Unterlagen an die archivrechtlich geregelte Nutzung vergleichbarer DDR-Unterlagen (SED, MfI, Volkspolizei) – d. h. auch eine Kompatibilität der jeweiligen Nutzungsmöglichkeiten – zu empfehlen? Lassen sich die weiterbestehenden Aufgaben (Aktenschließung für Betroffene, Forschung, Bildung und Medien) auch auf der Grundlage des Archivrechts bewältigen?
- Ist längerfristig eine Übernahme der Stasi-Unterlagen durch das Bundesarchiv (bzw. durch Bundesarchiv und Landesarchive) anzustreben – oder die Schaffung einer besonderen Institution der Aufarbeitung der SED-Diktatur, bei einer Zusammenführung des repressionsbezogenen Archivgutes der DDR-Institutionen insgesamt?
- Sollen die Unterlagen der MfS-Bezirksverwaltungen, die derzeit in den BStU-Außenstellen untergebracht sind, in den Ländern verbleiben (den Landesarchiven übergeben werden)? Sollen die auf Bezirksebene entstandenen Stasi-Unterlagen an denselben Orten untergebracht werden, wo auch die Überlieferungen der übrigen auf Bezirksebene tätig gewesenen DDR-Institutionen untergebracht sind?
- Soll die Archivierung und archivarische Erschließung der Stasi-Unterlagen (als das bisherige Alleinstellungsmerkmal der BStU) auf der einen Seite und die Verwendung der Stasi-Unterlagen (für politische Bildung und zeitgeschichtliche Forschung) auf der anderen Seite weiterhin von derselben Institution vorgenommen werden, oder ist hier perspektivisch eine funktionale und institutionelle Trennung zu empfehlen?

5.3. Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (LStU)

Zu den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in den Ländern Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen bestehen weiterhin sehr gute Arbeitsbeziehungen. Um inhaltliche und organisatorische Fragen der Zusammenarbeit abzustimmen, trafen sich die Landesbeauftragten zu monatlich stattfindenden Konferenzen. Bei diesen Treffen wurden verschiedene Projekte inhaltlich und organisatorisch vorbereitet (LStU-Kongress, Totenbuch zum 17. Juni, Fachtagung zur Stasi-Auflösung), die behördlichen Perspektiven der Aufarbeitung des SED-Unrechts erörtert (Novellierung der Reha-Gesetze, Außenstellenkonzept der BStU) und über aktuelle Sachfragen gesprochen. Der Sächsische Landesbeauftragte nahm regelmäßig an diesen Treffen teil. Gemeinsam mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat die Konferenz der Landesbeauftragten den 8. bundesweiten Kongress mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen vom 21. bis 23. Mai 2004 in Jena ausgerichtet. Die Konferenz der Landesbeauftragten führte im September 2003 und im Januar 2004 gemeinsame Beratungen mit der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen durch.

Hervorgehoben werden muss auch die gute Zusammenarbeit der Fachreferenten der einzelnen Behörden. Die Referentin für Bürgerberatung trifft sich regelmäßig mit den Kollegen der anderen Behörden zum Erfahrungsaustausch, um die Bürgerberatung zu optimieren. Die Referentin für politische Bildung besuchte im Juni 2004 die Behörde des Landesbeauftragten in Mecklenburg-Vorpommern, wo sie die dortigen Schwerpunkte der politischen Bildungsarbeit kennen lernte und an einem Schülerprojekt teilnahm.

5.4. Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen

In der Begründung des Gesetzentwurfs der Staatsregierung zur Änderung des Sächsischen Landesbeauftragtengesetzes vom 13. Januar 2000 heißt es: „Eine Vielzahl privater Initiativen und Vereine im Freistaat Sachsen, aber auch in den anderen ostdeutschen Bundesländern, befasst sich mit Teilbereichen der Aufarbeitung, mit der Betreuung von Opfern des SED-Regimes oder mit der Dokumentation politisch motivierten Unrechts. Insoweit besteht weiterhin ein Bedarf für eine Koordinations- und Anlaufstelle. Diese Aufgabe kann der Landesbeauftragte originär wahrnehmen.“ In diesem Sinne sieht der Sächsische Landesbeauftragte es als seine Aufgabe an, Kontakte zu und zwischen den Verbänden, Initiativen und Institutionen, die sich in Sachsen mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Betreuung von politisch Verfolgten der DDR beschäftigen, zu pflegen und koordinierend tätig zu werden.

Dem Ziel des gegenseitigen Austauschs und einer Koordinierung gemeinsamer Aufgaben dienen regelmäßige Arbeitstreffen mit den sächsischen Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen. Während des Berichtszeitraums fanden solche Arbeitstreffen am 22. September 2003, am 17. November 2003, am 27. Februar 2004 und am 29. April 2004 in Dresden statt. Diese Arbeitstreffen dienen dem gegenseitigen Austausch; überwiegend wird über konkrete Projekte der Erinnerungs- und Bildungsarbeit beraten. In diesem Zusammenhang standen im zurückliegenden Berichtszeitraum z. B. das Konzept der Gedenkstätte Bautzen zur Dauerausstellung zum Speziallager Bautzen, die am 13. Mai 2003 eröffnet wurde, und die Vorhaben zur Gestaltung des Gedenkortes am Fort Zinna in Torgau

im Mittelpunkt der Diskussion. Des weiteren wird bei den Treffen über die Zusammenarbeit der Verbände und Initiativen untereinander und über die Kooperation mit anderen Institutionen gesprochen. Ein wichtiges Thema war in dieser Hinsicht die Frage der Arbeit der Verbandsvertreter im Beirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Die Kontakte zu den Rehabilitierungsbehörden und Gedenkstätten werden ebenfalls regelmäßig besprochen. Um das Einbringen der Verfolgteninteressen in Politik und Öffentlichkeit zu erleichtern, hatte der Sächsische Landesbeauftragte beispielsweise zum Treffen am 22. September 2003 die Opferbeauftragte der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag, Frau Christine Clauß, eingeladen, mit der die Verbandsvertreter u. a. über die Initiative für ein 3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (Opferpension) diskutierten.

Neben diesen regelmäßigen Treffen im breiteren Rahmen hat der Landesbeauftragte zahlreiche Gespräche mit einzelnen Vertretern der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen geführt. Einige dieser Gespräche mündeten in eine konkrete, projektbezogene Zusammenarbeit.

Wie in den Vorjahren hat der Landesbeauftragte auch 2003 an der Kranzniederlegung und Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag des Bautzen-Komitees in der Gedenkkapelle am Gräberfeld des früheren Bautzner Speziallagers teilgenommen.

5.5. Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur besteht seit Jahren eine intensive Zusammenarbeit. Neben Kooperationsveranstaltungen mit der Stiftung, dem Austausch über von der Stiftung geförderte sächsische Projekte und der Mitarbeit des Sächsischen Landesbeauftragten im Stiftungsrat, ist für das zurückliegende Jahr in besonderer Weise die von der Stiftung organisierte Studienreise nach Polen zu erwähnen.

An der von der Stiftung Aufarbeitung veranstalteten Studienreise vom 10. bis 15. Mai 2004 nach Polen nahmen der Landesbeauftragte und die Referentin für politische Bildung, Frau Dr. Aris, teil. Ziel der Reise war die grenzüberschreitende Vernetzung von Einrichtungen der politischen Bildung, Archiven, Forschungsinstituten und anderen Einrichtungen der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit. Dank der landeskundlichen Kenntnisse und Sprachfähigkeiten von Frau Dr. Aris, konnten bereits bestehende Kontakte vertieft und neue Arbeitsbeziehungen zu verwandten Einrichtungen im Nachbarland Polen aufgenommen werden. Diese betreffen insbesondere das Institut des Nationalen Gedenkens (IPN) und das Zentrum Karta mit dem Solidarnosc-Archiv. Die Gespräche mit Protagonisten des politischen Widerstands, mit Zeithistorikern und Mitarbeitern verschiedener Einrichtungen der politischen und strafrechtlichen Aufarbeitung des kommunistischen Unrechts machten deutlich, inwieweit sich der Umgang mit der Vergangenheit sowohl aus administrativer Sicht als auch im Selbstverständnis der Verbände vom deutschen Zugang unterscheidet. In Vorausschau auf den 50. Jahrestag des Posener Aufstandes im Jahr 2006 wurde mit Vertretern der Veteranen des Aufstandes und IPN-Vertretern über eine Zusammenarbeit nachgedacht, die den Aufstand im Kontext der europäischen Freiheitsbewegungen würdigt.

5.6. Gedenkstätten

Die Zusammenarbeit und Kooperation mit Gedenkstätten und der Sächsischen Gedenkstättenstiftung hat weiterhin einen hohen Stellenwert in der Arbeit des Landesbeauftragten. Insbesondere durch die Mitgliedschaft im Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an politische Gewaltherrschaft war der Landesbeauftragte in die Arbeit der Stiftung eingebunden.

Beeinträchtigt wurde diese Arbeit durch einen auch in der Öffentlichkeit ausgetragenen "Gedenkstättenstreit". Die berechtigte Kritik daran, dass begrifflich zu wenig zwischen dem Völkermordregime des NS-Staates und dem Unrechtsregime des SED-Staates unterschieden wird, ist leider von verschiedenen Seiten mit einer Bagatellisierung des kommunistischen Unrechts verknüpft worden. Die verständliche Sorge darüber, dass die Erinnerung an die weiter zurückliegenden nationalsozialistischen Verbrechen in den Hintergrund treten könnte, führte leider auch zu Versuchen, die Erinnerung an die Untaten der kommunistische Epoche zu marginalisieren. Ebenso einäugig, wie das Verschweigen der jeweiligen Ursachen für die Etablierung der verschiedenen Gewaltherrschaftssysteme in Deutschland, ist die Annahme, dass das kommunistische Unrecht nur eine nationale und nicht auch eine europäische Dimension gehabt hat. Ebenso problematisch, wie die pauschale Qualifizierung aller Opfer politischer Gewaltherrschaft als demokratische Widerstandskämpfer, ist die Hierarchisierung von Opfergruppen allein anhand des Datums ihrer Leidenszeit. Ebenso wenig, wie eine unreflektierte Nivellierung der Diktaturen der tatsächlichen Geschichte gerecht wird, trägt es zu einer Lösung des Konflikts bei, wenn man die verschiedenen Opfergruppen polarisiert und die Aufarbeitungsinitiativen vor die Entscheidung stellt, sich entweder der Zeit bis 1945 oder der Zeit ab 1945 zuzuwenden. Leider konnten diese Fragen im Stiftungsrat, der laut Gesetz "in allen grundsätzlichen Angelegenheiten der Stiftung" entscheidet, nicht und vor allem nicht rechtzeitig diskutiert werden.

In der konkreten Zusammenarbeit mit sächsischen Gedenkstätten spielten das Dokumentations- und Informationszentrum Torgau und die Gedenkstätte Bautzen eine besondere Rolle. Zu erwähnen sind hier Gespräche über die Ausstellungen zu Sowjetischen Speziallagern – am 18. Juni 2004 zusammen mit Vertretern sächsischer Verfolgtenverbände in Torgau und am 23. Juni 2004 zusammen mit Vertretern des Stiftungsrates in Bautzen.

5.7. Forschungseinrichtungen

In der Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen spielen weiterhin das Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, die Dokumentationsstelle Widerstands- und Repressionsgeschichte bei der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, die Abteilung Bildung und Forschung bei der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Fachbereich Soziale Arbeit der Hochschule Mittweida/Roßwein eine wichtige Rolle.

Darüber hinaus konnten insbesondere im Zusammenhang mit der Veranstaltungsreihe mit Nachwuchswissenschaftlern neue Kontakte zu historischen und sozialwissenschaftlichen Instituten verschiedener Universitäten aufgenommen werden.

6. Stellungnahmen für Landtag und Staatsregierung

Über die im Kapitel 2 (Bewertung von Stasi-Unterlagen) dargestellten Vorgänge hinausgehend, ist der Landesbeauftragte im Berichtszeitraum verschiedentlich gemäß § 3 Abs. 2 des Sächsischen Landesbeauftragtengesetzes vom Landtag und der Staatsregierung um Auskünfte und Stellungnahmen ersucht worden.

Der Landesbeauftragte war am 1. Juli 2003 und am 5. Mai 2004 als Sachverständiger zu Rehabilitierungsfragen zu Beratungen des Arbeitskreises Petitionen der CDU-Fraktion eingeladen.

Seitens des Sächsischen Staatsministeriums des Innern ist der Landesbeauftragte um eine Stellungnahme zur Neufassung des Überprüfungs-Fragebogens nach Sächsischem Beamtengesetz ersucht und zu einer Beratung zwischen den Staatsministerien des Innern und der Justiz am 30. März 2004 einbezogen worden.

7. Mitgliedschaften

Der Landesbeauftragte ist seit 2000/2001 Mitglied im Beirat bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und im Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, sowie seit 2002/03 im Kuratorium des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung und im Stiftungsrat der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.